

Synopsis

Änderung des Publikationsgesetzes

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
	Gesetz über die Veröffentlichung der Erlasse und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz, PublG-ZG)
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i> gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894[BGS 111.1], <i>beschliesst:</i>
	I.
	Der Erlass BGS 152.3 , Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz) vom 29. Januar 1981 (Stand 1. Januar 2018), wird wie folgt geändert:
Gesetz über die Veröffentlichung der Gesetze und das Amtsblatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz)	Gesetz über die Veröffentlichung der GesetzeErlasse und das Amts- blatt des Kantons Zug (Publikationsgesetz, PublG-ZG)
vom 29. Januar 1981	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und § 47 der Kantonsverfassung[BGS 111.1],	gestützt auf § 41 Abs. 1 Bst. b und § 47 der Kantonsverfassung <u>Verfassung des Kantons Zug</u> vom 31. Januar 1894[BGS 111.1],
<i>beschliesst:</i>	
1. Amtliche Gesetzessammlung des Kantons Zug	1. Amtliche Gesetzessammlung<u>Gesetzessammlungen</u> des Kantons Zug

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
<p>§ 1 Grundsatz</p> <p>¹ Die Erlasse mit rechtsetzendem Inhalt sind in der chronologisch geordneten «Amtlichen Sammlung der Gesetze und der weiteren Erlasse des Kantons Zug» (GS) sowie in der «Bereinigten Gesetzessammlung» (BGS) herauszugeben.</p> <p>² ...</p>	
<p>§ 2 Aufzunehmende Erlasse</p> <p>¹ In die Amtliche Gesetzessammlung sind insbesondere aufzunehmen:</p> <p>a) die Kantonsverfassung, die Gesetze und allgemeinverbindlichen Beschlüsse des Kantonsrates;</p> <p>b) die allgemeinverbindlichen Erlasse des Regierungsrates und weiterer, mit Rechtssetzungsaufgaben betrauter Organe und Instanzen;</p> <p>c) nicht allgemeinverbindliche Erlasse, die sich an einen weiteren Personenkreis richten;</p> <p>d) Ausgabenbeschlüsse des Kantonsrates und des Regierungsrates, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten;</p> <p>e) Statuten von Zweckverbänden, für deren Aufnahme ein allgemeines Interesse besteht;</p> <p>f) Vereinbarungen mit dem Bund, Konkordate sowie weitere interkantonale Verträge und Erlasse interkantonalen Organe, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten;</p> <p>g) Konzessionen und weitere öffentlich-rechtliche Verträge, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten;</p>	<p>¹ In die Amtliche Gesetzessammlung <u>GS und die BGS</u> sind insbesondere aufzunehmen:</p> <p>a) die Kantonsverfassung, die Gesetze und allgemeinverbindlichen Beschlüsse des Kantonsrates <u>Kantonsrats</u>;</p> <p>b) die allgemeinverbindlichen Erlasse des Regierungsrates <u>Regierungsrats</u> und weiterer, mit Rechtssetzungsaufgaben betrauter Organe und Instanzen;</p> <p>d) Ausgabenbeschlüsse des Kantonsrates <u>Kantonsrats</u> und des Regierungsrates <u>Regierungsrats</u>, die allgemeinverbindliche Bestimmungen enthalten;</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
h) alle späteren Änderungen der in der Amtlichen Gesetzessammlung veröffentlichten Erlasse.	h) alle späteren Änderungen der in der Amtlichen Gesetzessammlung <u>GS</u> und der <u>BGS</u> veröffentlichten Erlasse.
<p>§ 3 Nicht aufzunehmende Erlasse</p> <p>¹ In die GS und BGS sind nicht aufzunehmen:</p> <p>a) nicht allgemeinverbindliche Erlasse, wie Pflichtenhefte, verwaltungsinterne Richtlinien, Reglemente und Weisungen sowie Lehrpläne;</p> <p>b) Beschlüsse über Voranschlag, Steuerfuss und Staatsrechnung;</p> <p>c) Ausgabenbeschlüsse ohne allgemeinverbindliche Bestimmungen;</p> <p>d) Beschlüsse über die Genehmigung von Erlassen der Gemeinden oder anderer Körperschaften;</p> <p>e) Verwaltungsakte im Einzelfall;</p> <p>f) Erlasse, die auf Grund besonderer Vorschriften auf anderem Wege zu veröffentlichen sind;</p> <p>g) Erlasse, die im höheren Landesinteresse geheimzuhalten sind.</p>	<p>¹ In die GS und <u>die</u> BGS sind nicht aufzunehmen:</p>
<p>§ 4 Ausnahmen</p> <p>¹ Sofern hierfür ein besonderes Interesse besteht, können auch in § 3 ausgenommene Erlasse in die GS und BGS aufgenommen werden.</p>	<p>¹ Sofern hierfür ein besonderes Interesse besteht, können auch in § 3 ausgenommene Erlasse in die GS und <u>die</u> BGS aufgenommen werden.</p>
	<p>§ 4a Veröffentlichung durch Verweisung</p> <p>¹ Erlasse können nur mit Titel sowie Fundstelle oder Bezugsquelle veröffentlicht werden, wenn sie:</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
	<p>a) in einer in der Schweiz öffentlich und unentgeltlich zugänglichen Publikation veröffentlicht sind; oder</p> <p>b) sich wegen ihres besonderen Charakters für die Veröffentlichung in der GS und der BGS nicht eignen.</p>
<p>§ 5 Herausgabe</p> <p>¹ Die Staatskanzlei gibt die GS und die BGS in elektronischer Form heraus und führt die Register. Auf Verlangen werden die Erlasse gegen Gebühr gedruckt abgegeben.</p> <p>² Die Staatskanzlei hat die Unveränderbarkeit der rechtsgültig publizierten GS und BGS durch geeignete Massnahmen sicherzustellen.</p> <p>³ Die beiden Sammlungen (GS und BGS) sind gleichwertig.</p>	<p>¹ Die Staatskanzlei gibt die GS und die BGS in elektronischer Form heraus und führt die Register. Auf Verlangen werden die Erlasse gegen Gebühr gedruckt abgegeben.</p>
<p>§ 5a Formelle Berichtigung</p> <p>¹ Die Staatskanzlei berichtigt in der GS und BGS sinnverändernde Fehler und Formulierungen, die nicht dem Beschluss des erlassenden Organs entsprechen.</p> <p>² Sinnverändernde Fehler und Formulierungen sind:</p> <p>a) Grammatik-, Rechtschreib- und Darstellungsfehler;</p> <p>b) falsche Zahlen und Nummerierungen;</p> <p>c) falsche Verweise;</p> <p>d) terminologische Unstimmigkeiten.</p> <p>³ Formelle Berichtigungen an der Verfassung des Kantons Zug sowie an Gesetzen und Beschlüssen des Kantonsrats erfolgen nach den Vorgaben des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats[BGS 141.1].</p>	<p>¹ Die Staatskanzlei berichtigt in der GS und <u>der</u> BGS sinnverändernde Fehler und Formulierungen, die nicht dem Beschluss des erlassenden Organs entsprechen.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
2. Amtsblatt des Kantons Zug	
<p>§ 6 Zweck, Gestaltung und Erscheinen</p> <p>¹ Das «Amtsblatt des Kantons Zug» dient der Veröffentlichung gesetzgeberischer Erlasse und amtlicher Bekanntmachungen von Bund, Kanton und Gemeinden sowie der Publikation von Anzeigen natürlicher und juristischer Personen.</p> <p>² Das Amtsblatt enthält neben dem amtlichen Teil einen nichtamtlichen Anzeigenteil.</p> <p>³ Es erscheint in der Regel wöchentlich einmal. Die Veröffentlichung im Internet oder durch andere elektronische Kommunikationsmittel sind für beide Teile zulässig. Davon ausgenommen sind im Amtlichen Teil besonders schützenswerte Daten. Die Veröffentlichung des Amtlichen Teils ist nach einer bestimmten Frist, die der Regierungsrat festsetzt, zu löschen.</p>	<p>§ 6 Zweck, Gestaltung und Erscheinen</p> <p>¹ Das «Amtsblatt des Kantons Zug» dient der <u>rechtswirksamen</u> Veröffentlichung <u>gesetzgeberischer Erlasse</u> von Erlassen und <u>amtlicher amtlichen Texten</u>, namentlich <u>Anordnungen und Bekanntmachungen von Bund, Kanton, der gesetzgebenden, vollziehenden und Gemeinden sowie der Publikation rechtsprechenden Behörden von Anzeigen natürlicher Bund, Kantonen und juristischer Personen Gemeinden</u>.</p> <p>² <i>Aufgehoben.</i></p> <p>³ Es erscheint in der Regel wöchentlich einmal. <u>Die Veröffentlichung im Internet oder durch andere elektronische Kommunikationsmittel sind für beide Teile zulässig. Davon ausgenommen sind im Amtlichen Teil besonders schützenswerte Daten. Die Veröffentlichung des Amtlichen Teils ist nach einer bestimmten Frist, die der Regierungsrat festsetzt, zu löschen.</u></p>
	<p>§ 6a Rechtswirkung von Veröffentlichungen</p> <p>¹ Erlasse gelten nur, wenn sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes veröffentlicht wurden.</p> <p>² Ein amtlicher Text, der nach den Bestimmungen dieses Gesetzes veröffentlicht worden ist, gilt als bekannt.</p> <p>³ Ist ein amtlicher Text gemäss § 11 ausserordentlich veröffentlicht worden, bleibt den Betroffenen der Nachweis offen, dass sie davon keine Kenntnis hatten und trotz pflichtgemässer Sorgfalt davon keine Kenntnis haben konnten.</p>
<p>§ 7 Inhalt</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
<p>¹ Sämtliche gesetzgeberischen Erlasse, die in die Amtliche Gesetzessammlung aufgenommen werden, sind im Amtsblatt zu veröffentlichen oder bekannt zu geben.</p> <p>² Besteht an einer vollständigen Veröffentlichung kein allgemeines Interesse, genügt die Angabe des Titels und der Hinweis, dass der Erlass auf der Staatskanzlei eingesehen und bezogen werden kann.</p> <p>³ Weitere Anordnungen und Bekanntmachungen von Behörden werden im Amtsblatt veröffentlicht. Die Behörden können in besonderen Fällen ein anderes Publikationsmittel benützen, sofern die Veröffentlichung im Amtsblatt nicht gesetzlich vorgeschrieben ist.</p>	<p>¹ Sämtliche gesetzgeberischen Erlasse, die in die Amtliche Gesetzessammlung <u>GS und die BGS</u> aufgenommen werden, sind im Amtsblatt zu veröffentlichen oder bekannt zu geben.</p> <p>² Besteht an einer vollständigen Veröffentlichung kein allgemeines Interesse, <u>so genügt im Amtsblatt in gedruckter Form</u> die Angabe des Titels und der Hinweis, dass der Erlass auf der Staatskanzlei eingesehen <u>und bezogen werden kann bzw. genügt im Amtsblatt in elektronischer Form die Angabe der Fundstelle oder Bezugsquelle für die GS und die BGS.</u></p> <p>³ Weitere <u>Im Amtsblatt werden weitere amtliche Texte, namentlich Anordnungen und Bekanntmachungen von Behörden werden im Amtsblatt, veröffentlicht. Die Behörden können in besonderen Fällen ein anderes Publikationsmittel benützen, sofern die, deren</u> Veröffentlichung <u>im Amtsblatt nicht gesetzlich rechtlich</u> vorgeschrieben ist.</p> <p>⁴ Im Amtsblatt können weitere amtliche Texte veröffentlicht werden, wenn ein hinreichendes öffentliches Interesse besteht.</p> <p>⁵ Die Behörden können in besonderen Fällen ein anderes Publikationsmittel benützen, sofern die Veröffentlichung im Amtsblatt nicht rechtlich vorgeschrieben ist.</p> <p>⁶ Wer die Veröffentlichung amtlicher Texte gemäss § 7 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes im Amtsblatt veranlasst, ist für den Inhalt der Veröffentlichung verantwortlich.</p> <p>⁷ Die Verordnung bezeichnet die für die Veröffentlichung amtlicher Texte gemäss § 7 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes zuständigen Stellen (Meldestellen).</p>
	<p>§ 7a Herausgabe des Amtsblatts</p> <p>¹ Das Amtsblatt erscheint in elektronischer Form (eAmtsblatt).</p> <p>² Die Staatskanzlei macht die Internetseite bekannt, auf der das Amtsblatt veröffentlicht wird.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
	<p>³ Das Amtsblatt kann ganz oder teilweise in gedruckter Form veröffentlicht werden (pAmtsblatt). Die elektronische Fassung ist die massgebende.</p> <p>⁴ Kann das Amtsblatt nicht in elektronischer Form erscheinen, bestimmt der Regierungsrat die massgebende Fassung.</p> <p>⁵ Der Regierungsrat kann die Herausgabe des Amtsblatts aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung durch Vertrag Dritten übertragen.</p>
	<p>§ 7b Datenschutz</p> <p>¹ Veröffentlichungen nach diesem Gesetz dürfen Personendaten und besonders schützenswerte Personendaten gemäss § 2 Abs. 1 Bst. a und b des Datenschutzgesetzes vom 28. September 2000[BGS 157.1] enthalten, soweit dies für eine in einem Gesetz vorgeschriebene Veröffentlichung notwendig ist.</p> <p>² Die Verordnung legt die Zeiträume fest, während denen die Veröffentlichungen über eine Suchfunktion erschlossen werden. Sie berücksichtigt dabei insbesondere die Interessen der Öffentlichkeit und die privaten Interessen.</p> <p>³ Die Verordnung regelt zudem die Einzelheiten, um eine Indexierung und Archivierung bei Suchmaschinen und Archivdiensten im Internet nach Möglichkeit zu verhindern.</p>
	<p>§ 7c Einsichtnahme und Gebühren</p> <p>¹ Die Einsichtnahme in die im Internet veröffentlichten amtlichen Publikationen sowie deren Herunterladen für die individuelle Bearbeitung sind unentgeltlich.</p> <p>² In die im Internet veröffentlichten amtlichen Publikationen kann auf der Staatskanzlei und im Staatsarchiv unentgeltlich Einsicht genommen werden.</p> <p>³ Der Bezug des Amtsblatts in gedruckter Form ist kostenpflichtig. Die Gebühren richten sich nach dem Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif) vom 11. März 1974.[BGS 641.1]</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
	<p>⁴ Der Regierungsrat bezeichnet die Behörden, Amts- und weiteren Stellen, denen in gedruckter Form die GS, die BGS und das Amtsblatt unentgeltlich zugestellt werden.[Delegation an die Staatskanzlei für den erstinstanzlichen Entscheid über die Gratisabgabe der Amtlichen Sammlung, der Bereinigten Gesetzessammlung und des Amtsblattes an Behörden, Amts- und weitere Stellen (§ 11 Abs. 1 der Delegationsverordnung (DeIV) vom 28. November 2017, BGS 153.3).]</p>
	<p>§ 7d Archivierung</p> <p>¹ Die Ablieferung des elektronischen Amtsblatts an das Staatsarchiv erfolgt mittels archivtauglicher Datenformate.</p> <p>² Die Ablieferung richtet sich nach den massgeblichen Bestimmungen des Archivgesetzes vom 29. Januar 2004[BGS 152.4].</p>
<p>§ 8 Inkrafttreten von Erlassen</p> <p>¹ Kantonale Erlasse treten, sofern ihr Inkrafttreten darin nicht geregelt ist, am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.</p>	<p>¹ Kantonale Erlasse treten, sofern ihr Inkrafttreten darin nicht geregelt ist, am Tage<u>Tag</u> nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.</p>
<p>§ 9 Redaktion</p> <p>¹ Die Redaktion des amtlichen Teils obliegt der Staatskanzlei.</p> <p>² Im nichtamtlichen Teil dürfen keine rechts- und sittenwidrigen Anzeigen veröffentlicht werden.</p> <p>³ Im Streitfall entscheidet die Staatskanzlei.</p>	<p>§ 9 Aufgehoben.</p>
<p>§ 10 Herausgabe des Amtsblattes</p> <p>¹ Der Regierungsrat kann die Herausgabe des Amtsblattes aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung durch Vertrag einem privaten Herausgeber übertragen.</p>	<p>§ 10 Aufgehoben.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
3. Ausserordentliche Bekanntmachungen	3. Ausserordentliche Bekanntmachungen <u>Veröffentlichungen in besonderen und ausserordentlichen Lagen</u>
<p>§ 11</p> <p>¹ Im Falle von Katastrophen, kriegesischen Ereignissen oder Unruhen können auf Weisung des Regierungsrates ausserordentliche Bekanntmachungen erfolgen:</p> <p>a) in der Presse;</p> <p>b) durch Radio und Fernsehen;</p> <p>c) durch Anschläge, Zirkulare und andere zweckmässige Mittel.</p> <p>² Inkrafttreten oder Vollzug sind nicht an die Veröffentlichung im Amtsblatt gebunden; diese ist jedoch sobald als möglich nachzuholen.</p>	<p>§ 11 <u>Ausserordentliche Bekanntmachungen und Notverordnungen</u></p> <p>¹ Im Falle von Katastrophen, kriegesischen Ereignissen oder Unruhen können auf <u>Auf Weisung des Regierungsrates</u> Regierungsrats können ausserordentliche Bekanntmachungen <u>in geeigneter Form</u> erfolgen:.</p> <p>a) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>b) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>c) <i>Aufgehoben.</i></p> <p>^{1a} Die Publikation und die Aufhebung von Notverordnungen richten sich nach dem Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung (Bevölkerungsschutzgesetz; BevSG) vom 26. September 2019[BGS 541.1].</p> <p>² <u>Ausserordentliche Bekanntmachungen sowie das Inkrafttreten oder der Vollzug oder die Aufhebung von Notverordnungen</u> sind nicht an die Veröffentlichung im Amtsblatt gebunden; diese ist jedoch sobald als möglich nachzuholen.</p>
4. Unentgeltliche Zustellung	4. <i>Aufgehoben.</i>
<p>§ 12</p> <p>¹ Der Regierungsrat bezeichnet die Behörden, Amts- und weiteren Stellen, denen die Amtliche Sammlung, die bereinigte Gesetzessammlung und das Amtsblatt unentgeltlich zugestellt werden.[Delegation an die Staatskanzlei für den erstinstanzlichen Entscheid über die Gratisabgabe der Amtlichen Sammlung, der Bereinigten Gesetzessammlung und des Amtsblattes an Behörden, Amts- und weitere Stellen (§ 11 Abs. 1 der Delegationsverordnung (DelV) vom 28. November 2017, BGS 153.3).]</p>	<p>§ 12 <i>Aufgehoben.</i></p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
5. Schlussbestimmungen	5. Aufgehoben.
§ 13 ¹ Der Regierungsrat hat das Gesetz zu vollziehen. ² Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Gesetz betreffend Einführung eines Amtsblattes vom 17. Mai 1858[GS 3, 189] aufgehoben. ³ Dieses Gesetz tritt unter Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung auf den 1. Januar 1981 in Kraft.	§ 13 Aufgehoben.
	6. Staatskalender und Behördenverzeichnis
	§ 14 Herausgabe des Staatskalenders und des Behördenverzeichnisses ¹ Der Staatskalender und das Behördenverzeichnis informieren über die geltende Organisation der Behörden und der Verwaltung sowie deren personelle Besetzung. ² Die Staatskanzlei macht die Internetseite bekannt, auf der der Staatskalender und das Behördenverzeichnis in elektronischer Form erscheinen. ³ Aus den Eintragungen im Staatskalender und Behördenverzeichnis können weder Rechte noch Pflichten abgeleitet werden.
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Regierungsrats vom 27. Oktober 2020; Vorlage Nr. 3153.2 (Laufnummer 16431)
	Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 34 der Kantonsverfassung[BGS 111.1]. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.[Inkrafttreten am ...]
	Zug, ... Kantonsrat des Kantons Zug Die Präsidentin Monika Barmet Der Landschreiber Tobias Moser Publiziert im Amtsblatt vom ...